

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Altersgerechtes Wohnen unterstützen und fördern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, dem Liegenschaftsfonds, Betroffenen-Initiativen, den Bezirken und anderen Akteuren im Bereich Soziale Stadtentwicklung ein ressortübergreifendes Handlungs- und Beratungskonzept für „Wohnen im Alter“ zu entwickeln.

Das Konzept soll folgende Punkte umfassen:

- Vermittlung von barrierefreiem Wohnraum und Vermittlung von Umzugshilfen
- Zielgruppenspezifische Wohnberatung für ältere Menschen (Menschen mit Behinderung, MigrantenInnen, Schwule, Lesben)
- Beratung und Vermittlung von geeigneten Wohnungen für ambulant betreute Pflegewohngruppen
- Beratung und Begleitung gemeinschaftlicher Wohnprojekte
- Vernetzung von InteressentInnen, Initiativen und Institutionen neuer Wohnformen
- Bereitstellung von geeigneten Immobilien für Baugruppen durch den Liegenschaftsfonds
- Beratung der Bezirke bei der Entwicklung von sozialraum- und gemeinwesenorientierten Konzepten des ambulanten Wohnens für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf.

Zur Umsetzung der konzeptionell entwickelten Aufgaben ist eine zentrale Beratungs- und Koordinierungsstelle einzurichten, die Gruppen und Institutionen, die sich dem Thema „altersgerechtes Wohnen“ öffnen wollen, berät und vernetzt.

Bereits bestehende Projekte und Initiativen zur Schaffung gemeinschaftlich und generationsübergreifenden Wohnens, wie Vereine, Arbeitskreise, Planungsgrup-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Planungsgruppen, EU-Projekte und die Wohnungswirtschaft sollen in der konzeptionellen Planung und Förderung berücksichtigt und einbezogen werden. Die neu zu schaffende Beratungs- und Koordinationsstelle hat einen bezirksübergreifenden Wohnberatungsansatz und schafft Synergien und Vernetzung mit den bezirklichen Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2007 zu berichten.

Begründung:

Möglichst lange eine selbständige Lebensführung zu gewährleisten, wird angesichts des demographischen Wandels, verbunden mit der Tatsache, dass Menschen immer älter werden, eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Dabei ist jede/r Einzelne, aber auch die gesamte Gesellschaft gefragt, individuelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu schaffen. Dabei geht es um Konzepte, die es Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf ermöglichen in ihrer „gewohnten“ Umgebung so lange wie möglich wohnen bleiben zu können. Umzüge in eine altersgerechte Wohnung oder die Entwicklung von neuen Wohnformen, wie beispielsweise ein gemeinschaftliches Wohnprojekt, müssen daher frühzeitig initiiert und geplant werden.

Hierzu benötigen wir ein integratives, regionales, seniorenpolitisches Konzept, das nach dem Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen sowie neue Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen umfasst.

Eine jüngst veröffentlichte Studie des Forschungsinstitutes Empirica zeigt, dass schon jetzt in Berlin überproportional viele Menschen leben, die 50 Jahre und älter sind. Ihr Anteil wird bis zum Jahr 2020 auf 1,51 Millionen und damit auf 44 Prozent der Bevölkerung ansteigen. Zugleich ist Berlin eine Stadt der „Singlehaushalte“. Es ist wichtig abzuklären, welche Konsequenzen diese Zahlen für den Berliner Wohnungsmarkt und für die Situation jedes einzelnen älteren Menschen haben.

Bereits heute besteht bei vielen über 50-jährigen Menschen die Bereitschaft, sich auf geänderte Wohnbedürfnisse im Alter vorzubereiten. Laut oben genannter Studie sind rund 673.000 der 1,23 Mio. über 50-Jährigen in Berlin zu einer räumlichen Veränderung bereit. Dazu zählen Modernisierungen ab 10.000 € an Haus oder Wohnung durchzuführen oder in eine altersgerechte Wohnung umzuziehen.

Angesichts dieser Entwicklung besteht akuter Handlungsbedarf Aktivitäten zu unterstützen und zu fördern, die älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen. Dabei stellen auch neue Zielgruppen, wie zum Beispiel älter werdende und pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten, oder pflegebedürftige Menschen mit gleichgeschlechtlichem Lebensentwurf besondere und bisher nicht adäquat berücksichtigte Anforderungen an die Weiterentwicklung der Wohn- und Hilfeinfrastruktur.

In Berlin sind in den vergangenen Jahren einige Angebote des selbständigen Wohnens mit bedarfsgerechten Hilfen entstanden. Die Gesamtzahl der Angebote ist - gemessen an der Zahl der älteren Bürgerinnen und Bürger – allerdings sehr gering. Neue Wohnformen sind derzeit vom hartnäckigen Engagement einzelner engagierter Menschen oder Träger abhängig. Einzelnen Personen und den bestehenden Projekten und Initiativen für gemeinschaftliches und generationsübergreifendes Wohnen mangelt es in Berlin derzeit noch an der nötigen Beratung und Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Ideen und Konzepte. Auch die Berliner Wohnungsunternehmen stellen sich nur langsam auf dieses zukunfts-trächtige Segment des Wohnungsmarktes ein. Auch hier bedarf es Unterstützung seitens des Senats.

Will Berlin der Herausforderung der „alternden Gesellschaft“ gerecht werden, muss jedoch die Schaffung neuer Wohnformen und der Aufbau nachbarschaftlicher Hilfestrukturen selbstverständlicher Bestandteil der Pflege-, Sozial- und Stadtplanung werden.

Neben einigen wenigen Neubauprojekten wird es vor allem darum gehen, neue Wohn- und Pflegeformen in den Bestandswohnungen zu integrieren. Dabei geht es auch darum, die Wohnumgebung so zu gestalten, dass sie auf die Bedürfnisse jeder Lebensphase ausgerichtet ist und eine Integration optimal gefördert werden kann. Dazu bedarf es eines ressortübergreifenden Gesamtkonzepts und der Einrichtung einer Beratungs- und Koordinierungsstelle.

Berlin, den 12. Juni 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Villbrandt Otto
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen